



STÄNDESTAAT UND/ODER AUSTROFASCHISMUS

Feldkirch zwischen 1933 und 1938

Die Zeitspanne 1933–1938 ist in der österreichischen Geschichtsforschung bis heute eine höchst umstrittene Periode. Allein die verschiedenen Bezeichnungen wie „Ständestaat“ und/oder „Austrofaschismus“ zeigen, wie schwierig die Einschätzung dieser Zeit ist.

Von Stadtarchivar Mag. Christoph Volaucnik

Während Historiker wie Emerich Talos in den letzten Jahren mit Hilfe neuer Quellen die gesamtösterreichische Entwicklung sehr präzise rekonstruieren konnten, fehlt eine Darstellung dieser Ära für die Stadt Feldkirch völlig. Hier soll der Versuch unternommen werden, anhand von Zeitungsberichten einige wenige Aspekte dieser wichtigen Jahre unserer Stadtgeschichte anzureißen und damit anzuregen, sich näher mit dieser Epoche auseinanderzusetzen. Eine vollständige

Beschreibung dieser wichtigen Jahre ist aus Platzmangel nicht möglich.

Regierung Dollfuß

Nach dem Ende der Monarchie fanden sich die Österreicher in einem Kleinstaat wieder, der mit größten wirtschaftlichen Problemen zu überleben versuchte. Die beiden Großparteien dominierten das Staats- und Privatleben. Zwischen den beiden „Blöcken“ entstanden immer größere Spannungen, die in der Gründung von bewaffneten Gruppen wie Heimwehr (konservativ) und Republikanischer Schutzbund (sozialdemokratisch) Zündstoff für einen Bürgerkrieg waren.

Am 4. März 1933 kam es wegen einer Abstimmung über Eisenbahnerpensionen, die unentschieden endete, zum Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrates und damit zur Selbstausschaltung des Parlaments. Die Regierung Dollfuß nutzte diese „parlamentslose“ Zeit, um Veränderungen der Staatsform in autoritärem Sinn einzuleiten. In seiner berühmten Rede am Trabrennplatz am 11. September 1933 stellte Engelbert Dollfuß sein Regierungsziel vor: „... wir

wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung...“ Erste konkrete Maßnahmen waren die Einschränkung der Pressefreiheit, der Geschworenengerichte und ein Verbot politischer Demonstrationen. Rechtliche Grundlage all dieser Maßnahmen war das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917, also ein Notverordnungsrecht aus Kriegszeiten.

Februar 1934 – blutige Kämpfe

Die Wehrorganisation der Sozialdemokratie, der Republikanische Schutzbund, wurde verboten. Nach einer Hausdurchsuchung des Parteiheimes der Linzer Sozialdemokraten begannen am 12. Februar 1934, also genau vor 80 Jahren, blutige Kämpfe zwischen „Schutzbündlern“, Polizei und Bundesheer. Nach der Niederschlagung des Aufstandes kam es zu Verhaftungen, acht standrechtlichen Hinrichtungen und einem Verbot der Sozialdemokratie.

In Vorarlberg bzw. in Feldkirch wurden die führenden Sozialdemokraten verhaftet und für ca. eine Woche, ohne

<
Die Heimwehr auf dem Leonhardsplatz. Im Hintergrund die noch unverputzte Volkshalle.

Rechtsbasis, in Haft behalten. In der Rudigier-Gasse in Levis befand sich damals das sozialdemokratische Parteilokal, das von 21 Gendarmen durchsucht wurde. Auf einer davorliegenden Wiese soll sogar ein Maschinengewehr positioniert gewesen sein. Der Postbeamte und SP-Landtagsabgeordnete Bertsch wurde aus dem Postdienst entlassen, auf Drängen des Obmanns der Vaterländischen Front, Anton Methlagl, jedoch wieder eingestellt. Nach 1945 wurde Bertsch Landesrat. Auch der sozialdemokratische Arbeiter-, Turn- und Sportverein wurde aufgelöst.

Welche Wunden die Vorgänge im Februar 1934 rissen, beweist ein über 90-jähriger Feldkircher Zeitzeuge, der bis heute nicht vergessen kann, wie sein Vater in Ketten gelegt, von Heimwehrleuten begleitet, in das Gefängnis gebracht wurde.

Im Februar 2014, also 80 Jahre nach diesen Kämpfen, haben erstmals die Parteiobmänner der SPÖ und ÖVP gemeinsam der Opfer dieses Bürgerkrieges gedacht.

Organisationen des Ständestaates in Feldkirch

Nach dem Verbot aller Parteien gab es als einzige politische Organisation seit dem 20. Mai 1933 die sogenannte Vaterländische Front, die sich als Sammelbewegung aller politisch Interessierten verstand. Auch in Feldkirch gab es die Vaterländische Front, die mit ihren Unterorganisationen versuchte, das politische Leben in der Stadt zu bündeln. Die Vaterländische Front fasste nach deutschem und italienischem Vorbild die Jugend in einer eigenen Organisation zusammen. Im Mai 1934 wurde ein Jugendtag organisiert, der ein „Fest aller, die ihr Vaterland Österreich lieben“, sein sollte. Die Organisation wurde als „Jung-Österreich“ bezeichnet. 1937 gab es in Feldkirch zwölf Gruppen von „Jung-Volk“, die von 23 Jugendführern und einem Ortsjugendführer geleitet wurden.

Seit Ende 1936 wurde die Vorarlberger Heimwehr in die Frontmiliz, eine Organisation der Vaterländischen Front, übertragen. Der Zeitzeuge Hans Bürkle erinnerte sich, dass die Kompanie der Frontmiliz in Feldkirch aus drei Zügen bestand und wöchentlich einmal Übungen stattfanden. Als Kaserne diente das Landesgericht, wo auch die Waffen (Karabiner 98) lagerten. Im Winter diente die Volkshalle, der Vorgängerbau des Montforthaus, als Exerzierplatz. 1937 nahm die Frontmiliz Feldkirch an einem Manöver in Tirol teil, Nachtübungen gab es auf der Letze in Maria Grün. Neben diesen militärischen Übungen hatte die Heimwehr bzw. Frontmiliz auch eigene gesellschaftliche Veranstaltungen wie Kameradschaftsabende.

Bei der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1938 kam es in Feldkirch zu einem Zwischenfall. Die von der Kapitulation nicht informierte Frontmiliz bezog bewaffnet im Reichenfeld Stellungen und war zur Verteidigung bereit. Nur durch Vermittlung des Bezirkshauptmanns konnte ein bewaffneter Konflikt mit der SA vermieden werden.

Allgemeine Situation: trostlos

Als Folge der Weltwirtschaftskrise 1929/30 kam es in Österreich zu einer wirtschaftlichen Depression, die mit hoher Arbeitslosigkeit verbunden war. Auch in Feldkirch war diese Krise zu spüren. Bei seinem Rückblick auf das Jahr 1933 meinte der Redakteur des Feldkircher Anzeigers, dass sich die erhoffte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht erfüllt habe und bezeichnete die allgemeine Situation als trostlos.

Lokale Hilfe und staatliche Kürzungen

Zur Unterstützung der Arbeitslosen und ihrer Familien kam es 1932 zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der katholischen Wohltätigkeitsvereine, die versuchte, das Elend dieser Armen zu lindern. Im Winter 1932 wurde eine Wärme- und Bastelstube eingerichtet, in der die Arbeitslosen mit Tee, Kaffee und Brot versorgt wurden. Die Fachlehrer Rinderer und Gerstenberger hielten dort Kurse für gewerbliches Zeichnen ab und erzeugten kleine Handarbeiten, Spielzeug für Kinder und Plastiken, die



Flussregulierungsarbeiten an der Nafla unter Einsatz von Arbeitslosen 1936.



Feldkircher Festspiele

1933
VOLKSHALLE

Das Schutzenspiel von Max Mell

Das Reinerlögnis dient wohlthätigen Zwecken!

Demmen wird Euch vorgestellt
Wie einen Wohlthäter geht
Hilft Euch zu einem guten Zweck
Das heißt sich helfen und sich helfen lassen.
* Das ist ein Ehrenwort mit ein Ziel
Das heißt in sich, was er ihm gibt *
Das heißt sich helfen lassen, das heißt helfen
Helfen ist das Ziel, das heißt helfen.
Das heißt helfen ist das Ziel.
Das heißt sich helfen lassen und sich helfen lassen.
Das heißt sich helfen lassen und sich helfen lassen.
Das heißt sich helfen lassen und sich helfen lassen.
Das heißt sich helfen lassen und sich helfen lassen.
Das heißt sich helfen lassen und sich helfen lassen.
Das heißt sich helfen lassen und sich helfen lassen.

Mit Benefizveranstaltungen wurde versucht, die größte Not zu lindern. Hier die Ankündigung des „Schutzenspiels“ 1933.

in einer Ausstellung zum Kauf angeboten wurden. Eine Schneiderwerkstätte nähte Kleidungsstücke für die Arbeitslosen. Es gab eine Kohlenaktion, bei der Kohlepakete zu 50 Kilogramm verteilt wurden. Die Stadt Feldkirch stellte den Arbeitslosen Schrebergärten zur Verfügung, die Arbeitslosenhilfsaktion das Samenmaterial für Gemüse.

Bei der Geldbeschaffung für die Hilfsaktion ging man ungewöhnliche Wege: Im Oktober 1932 wurde das „Jedermanns Spiel“ mehrfach in der Volkshalle aufgeführt, 1933 das „Schutzenspiel“ von Max Mell. Der Reinerlös von 3000 Schilling im Jahre 1932 wurde für den Ankauf von Winterschuhen für die Kinder von Arbeitslosen verwendet. Diesen lokalen Hilfsaktionen stand im August 1933 eine Herabsetzung des Arbeitslosengeldes durch die Regierung gegenüber. Kurios ist, dass diese beiden Berichte, über die lokale Hilfe und die staatlichen Kürzungen, auf ein und derselben Seite des Feldkircher Anzeigers gedruckt wurden. Eine weitere Hilfsorganisation war die sogenannte „Winterhilfe“, die armen Familien Lebensmittel und Brennstoffe übergab. Um den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, wurden diese bei öffentlichen Bauten eingesetzt. Im Februar 1933 begann die Stadt mit Wegarbeiten und mit Arbeiten im Illbett, wo nur Arbeitslose tätig waren. Auch bei der Naflaregulierung kamen nur Arbeitslose zum Einsatz.

NSDAP zündet Böller

Die ebenfalls seit Juni 1933 verbotene, illegale NSDAP machte durch die Explosion von Papierböllern lautstark auf sich aufmerksam. Im November 1933 gingen solche Papierböller beim Elend Bild und in Tisis los. Zwischen Jänner und Juni 1934 wurden in der Stadt, bevorzugt vor dem Justizgebäude und der FLD solche Böller zur Explosion gebracht. Dutzende Fensterscheiben barsten. Ende Mai ging ein Papierböller auf dem Kirchplatz los, der die Fensterscheiben der Post und des Pfarrhofs zerstörte. Glücklicherweise wurden keine Menschen verletzt. Ein Zeitzeuge berichtet, dass Kinder von den Detonationen der Böller psychisch schwer belastet wurden.

Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde 1934 eine Halbkompagnie des Infanterieregimentes Nr.6 aus Krems in Feldkirch stationiert, die aber trotzdem die Explosion der Papierböller nicht verhindern konnte. 1934 fanden vor dem Landesgericht dann Prozesse gegen 15 Nationalsozialisten aus Dornbirn und Lustenau wegen dieser Sprengstoffverbrechen statt.

Dollfuß in Feldkirch

Am 29. Juni 1934, knapp vier Wochen vor seiner Ermordung, besuchte Kanzler Dr. Engelbert Dollfuß Feldkirch. Er traf um 9 Uhr beim Festplatz vor der Stella Matutina ein. Es folgte eine Veranstaltung in der Volkshalle mit einer Rede von Dollfuß mit Rückblick auf das Kriegsjahr 1914. Um 15 Uhr begann ein Festzug von Vereinen und Gruppen aus ganz Vorarlberg durch Feldkirch. Ziel des Umzugs war eine vor dem Eingang des Landesgerichts aufgestellte Tribüne, wo Dollfuß und Vorarlberger Politiker die Huldigung der Gruppen entgegennahmen. Die Verehrung von Dollfuß ging so weit, dass die Stadt Feldkirch die Reichsstraße vom Bahnhof Feldkirch bis zur Kirche in Altenstadt im Juni 1934 in Dr. Dollfußstraße umbenannte.

Nach der Ermordung von Dollfuß

>
Bundeskanzler Dollfuß vor der Stella Matutina, rechts neben ihm Altlandeshauptmann Dr. Ender und Bürgermeister Gohm.

durch nationalsozialistische Putschisten am 25. Juli 1934 setzte eine staatlich gelenkte Verehrung ein. Im Oktober gab es für die Volks- und Hauptschüler eine Gedenkfeier im Saalbau, bei der Gedichte verlesen und Ansprachen gehalten wurden. Es wurde auch ein Dollfuß-Denkmal enthüllt. Genau ein Jahr nach der Ermordung gab es eine Gedächtnis-Feier in Wien, alle Kirchen in Österreich läuteten und die Sirenen gaben Alarmzeichen.

Auswirkungen auf die Gemeindepolitik

Am 1. Mai 1934 wurde die vom Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender entworfene neue Verfassung auch in Feldkirch feierlich bekanntgegeben. Sie basierte auf dem Aufbau der Gesellschaft nach Ständen, nach Berufsgruppen. Auch für Feldkirch hatte die Umsetzung dieser Verfassung Folgen. Die Stadtvertretung wurde in einen Gemeindegang umgewandelt, der am 15. November 1934 erstmals tagte. Die Mitglieder wurden nicht gewählt, sondern durch den Landeshauptmann ernannt, wobei die Zusammensetzung ebenfalls „ständisch“, also nach Berufsgruppen organisiert war. So standen den Vertretern von Kirche und Religion, dem Stand Schule



Kanzler Engelbert Dollfuß verlässt nach einem Festakt die Volkshalle.



und Volksbildung, dem Geld-, Kredit- und Versicherungswesen jeweils ein Mandat zu, der Industrie drei, dem Gewerbe sechs, dem Handel- und Verkehr zwei, dem öffentlichen Dienst sechs und der Land- und Forstwirtschaft ebenfalls sechs. Im neuen Gemeindetag gab es 26 Mandatäre, also zehn weniger als die ehemalige Stadtvertretung.

Bei der ersten Zusammenkunft wählte der Gemeindetag den Bürgermeister und fünf Stadträte. Bürgermeister wurde der Buchhändler Franz Unterberger, der dieses Amt bereits zwischen 1914 und 1920 innehatte. Unterberger übte gleichzeitig das Amt eines Landesrates aus, das er aber im Februar 1936 wegen Arbeitsüberlastung zurücklegte. Der aus Altstadt stammende Georg Böhler war Landesrat als Vertreter der Arbeiterschaft.

Auch in einem weiteren Gremium des Ständestaates, dem sogenannten Staatsrat in Wien, waren zwei Vorarlberger vertreten: der Landesgerichtspräsident Dr. Martin Schreiber aus Altstadt und der Bregenzer Landesbeamte Dr. Wilhelm Mohr.

Was erinnert heute an diese Zeit?

Am auffallendsten sind sicherlich die an öffentlichen Gebäuden angebrachten Staatssymbole, konkret das „Staatswappen“ des Ständestaates (siehe auch S. 56). Es war dies ein schwarzer, doppelköpfiger Adler mit Nimbus (= Heiligenschein oder Wolke) und dem österreichischen Bindenschild.

Die damaligen Machthaber wollten mit diesem Staatswappen die von ihnen propagierte Österreich-Ideologie symbolisieren und ihrem Staat ein heraldisches Gesicht geben. Der Rückgriff zum bekannten Doppeladler des Heiligen Römischen Reiches sollte Kontinuität und Legitimation zugleich bedeuten. Dieser Rückgriff auf Althergebrachtes, Traditionelles, dem ein Wiedererkennungseffekt innewohnt, das aber in neuem Gewand erscheinen sollte, war durchaus beabsichtigt. Der auf der Brust aufgelegte österreichische Bindenschild sollte die fast 1000-jährige Selbständigkeit Österreichs darstellen. Die Nimben der beiden Adlerköpfe haben ebenfalls historische Wurzeln. Sie finden sich erstmals auf Adlerdarstellungen auf den 1220 datierten Krönungshandschuhen und dürften Bezug nehmen auf den 1157 erstmals verwendeten Begriff des „Sacrum Imperium“ (= Heiliges Reich). Die Nimben passten daher gut zu einem Staat mit betont christlich-katholischer Ausrichtung. Man verzichtete damals bewusst auf die Verwendung von Krone, Zepter und Reichsapfel, um keine Verbindung zum Staatswappen der untergegangenen Monarchie herzustellen. Auch auf die in der Ersten Republik verwendeten Symbole „Hammer“ für den Arbeiterstand, „Sichel“ für den Bauernstand und die „Stadtmauerkrone“ auf dem Adlerkopf als Symbol für das Bürgertum wurde verzichtet. Dies verwundert insofern, als ja gerade der Ständestaat auf die Gliederung der

Staatsbürger nach ihren Berufsständen Wert legte.

Zu finden sind diese Hoheitszeichen in Vorarlberg am Gebäude der HTL Bregenz, am Feldkircher Rathaus und an der ehemaligen Finanzlandesdirektion. Sie sind die letzten Symbole des Ständestaates in öffentlichen Plätzen in Vorarlberg und damit Erinnerungsstücke an eine umstrittene Epoche Österreichs und Teil unserer Landesgeschichte.

Finis Austriae

Das politische Ende des Ständestaates begann nach einem Treffen zwischen Schuschnigg und Hitler am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden. Das damals geschlossene Abkommen beinhaltete eine Amnestie der politischen, nationalsozialistischen Straftäter und hatte die Aufnahme von zwei Nationalsozialisten in die Regierung zur Folge. Die Unterwanderung des Staates und der Vaterländischen Front begann. Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht und dem „Anschluss“ an Hitler-Deutschland endete dieses Kapitel der österreichischen Geschichte. Nach sieben Jahren Krieg und Diktatur erstand 1945 ein neues, demokratisches Österreich. Es wird eine wichtige Aufgabe sein, trotz der schlechten Quellenlage dieses Kapitels der Stadtgeschichte aufzuarbeiten ■

Verwendete Literatur:
 Michael Göbl, Das Staatswappen Österreichs 1934–1938. In: Adler 6/08, S.284 ff. Emmerich Talos, Das Austrofaschistische System. Österreich 1933–1938. Wien 2013
 Norbert Methlag (Hg.), Anton Methlag, die Zufälle meines Lebens. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation. Hard 2008.
 Alois Götsch, Die Vorarlberger Heimwehr. Feldkirch 1993